

Hauptsatzung

der Gemeinde Schalkholz
Kreis Dithmarschen

- §1 Siegel
- §2 Einberufung der Gemeindevertretung
- §3 Bürgermeisterin oder Bürgermeister
- §4 Aufgaben der Gemeindevertretung
- §5 Gleichstellungsbeauftragte des Amtes
- §6 Ständige Ausschüsse
- §7 Einwohnerversammlung
- §8 Entschädigung
- §9 Verträge mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern
- §10 Verpflichtungserklärungen
- §11 Veröffentlichungen
- §12 Höchstbetrag für die Übertragung der Zustimmung zum Eingehen über- und außerplanmäßiger Ausgaben sowie über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen
- §13 Inkrafttreten

§§ 1 - 10 pp.

§11 Veröffentlichungen

- 1) Satzungen der Gemeinde werden durch Aushang an der amtlichen Bekanntmachungstafel, die sich

am Geschäftsgebäude der Raiffeisenbank, Klint 2

befindet, während einer Dauer von 14 Tagen bekanntgemacht. Die Bekanntmachung ist mit dem Ablauf des letzten Tages der Aushangsfrist bewirkt.

- 2) Auf die gesetzlich vorgeschriebene Auslegung von Plänen und Verzeichnissen ist in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt einen Monat, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Beginn und Ende der Auslegung sind auf dem ausgelegten Exemplar mit Unterschrift und Dienstsiegel zu vermerken.
- 3) Andere gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen erfolgen ebenfalls in der Form des Absatzes 1, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

§12

§13 Inkrafttreten

Diese Hauptsatzung tritt mit Wirkung vom 1. April 1998 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 28.04.1997 außer Kraft.

Die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung wurde durch Verfügung des Landrats des Kreises Dithmarschen vom 16.06.1998 erteilt.

Schalkholz, den 23.06.1998
gez. Glüsing
(Bürgermeister)

Die vorstehende auszugsweise Abschrift aus der Hauptsatzung der Gemeinde Schalkholz vom 23.06.1998 wird hiermit beglaubigt.



Tellingstedt, den 05.08.1999
Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt
Der Amtsvorsteher
Im Auftrag


Nottelmann

BEGRÜNDUNG

zur 1. Änderung/Erweiterung der Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 i.V.m. Nr. 3 BauGB
der Gemeinde Schalkholz

1. Allgemeines

Die Satzung der Gemeinde Schalkholz über die im Zusammenhang bebauten Ortsteile gemäß § 34 Abs. 2 BBauG ist am 1. Dezember 1978 rechtsverbindlich geworden.

2. Notwendigkeit zur Änderung/Erweiterung der Satzung und Planungsziele der Gemeinde

Die Eigentümer der Baugrundstücke beidseitig der Gemeindestraße Rehmsweg (Teiländerungsfläche 1) beabsichtigen, diese zu bebauen. In Abstimmung mit dem Kreis Dithmarschen kann eine Bebauung nur dann genehmigt werden, wenn die planungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Die Flächen werden z. Z. als „Außenbereichslage“ beurteilt. Im Hinblick auf die Gesamtsituation in der unmittelbaren Nachbarschaft beabsichtigt die Gemeinde nunmehr, zur Realisierung der Vorhaben die im Jahre 1978 rechtsverbindlich gewordene „Innenbereichssatzung“ zu ändern bzw. zu erweitern. Dabei werden die bereits bebauten Grundstücke (südlicher Bereich in der Teiländerungsfläche 1 und die Teiländerungsfläche 2) einbezogen.

Bei künftigen Bauvorhaben sind die Änderungsflächen nach § 34 BauGB zu beurteilen.

Um eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten, hat die Gemeinde nachfolgende Festsetzungen nach § 9 BauGB getroffen:

Die Änderungsfläche 1 grenzt unmittelbar an die L 149. Nach einer Berechnung der Schallimmissionen nach der DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau - (s. Anlage zur vorliegenden Begründung) werden die Orientierungswerte für Wohn- und Mischgebiete geringfügig überschritten. Zur Sicherstellung an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgesehen (s. Text Teil B Ziffer 1);

die Änderungsfläche 1 liegt darüber hinaus an der freien Strecke der L 149 in einem Streckenabschnitt, der keine weiteren Grundstückszugänge oder -zufahrten zuläßt. Die Bauflächen sind ausschließlich über die Gemeindestraße Rehmsweg anzulegen. Zusätzliche Zugänge und Zufahrten von der L 149 sind nicht zulässig (s. Ziffer 2 des Textes Teil B). Die Anbauverbotszone nach § 29 Straßen- und Wegegesetz (StWG) ist in der Planzeichnung nachrichtlich übernommen worden.

Durch die Realisierung der Erweiterung der „Innenbereichssatzung“ werden Eingriffe in Natur und Landschaft für die unbebauten Grundstücke vorbereitet. Nach § 6 sind die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes auf der Grundlage des Landschaftsrahmenplanes unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung in Landschaftsplänen und ggf. auch durch einen Grünordnungsplan darzustellen.

Die unbebauten Flächen in der Teiländerungsfläche 1 werden z. Z. intensiv landwirtschaftlich genutzt.

Im Hinblick auf den geringen Umfang der Eingriffsfläche ist auf eine detaillierte Eingriffsbewertung verzichtet worden. In Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Dithmarschen wird der Eingriff ausgeglichen, wenn die Eigentümer die nach dem StWG erforderlichen Flächen innerhalb der Anbauverbotszone für den Naturschutz zur Verfügung stellen. Die Flächen sind mit standortgerechten heimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Darüber hinaus ist auf der Westseite der Fläche zur möglichen Bebauung jeweils ein Knick mit den Abmessungen von 3 m (Knickfuß) und 1 m Höhe mit einer Kronenbreite von mind. 1 m anzulegen (s. Ziffer 2 und 3 des Textes Teil B). Die Flächen werden entsprechend in der Planzeichnung für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt. Für die Teiländerungsfläche 2 wird aufgrund des vorhandenen baulichen Bestandes kein Eingriff in Natur und Landschaft vorbereitet.

Die Ausgleichsmaßnahmen sind ausschließlich durch die privaten Grundstückseigentümer nach den Festsetzungen der vorliegenden Satzung durchzuführen. Zur Sicherstellung der Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen wird die Gemeinde mit den privaten Grundstückseigentümern vertragliche Regelungen nach den Festsetzungen der Satzung treffen.

Die Erweiterungsflächen sind im Flächennutzungsplan der Gemeinde als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesen. Bei Beachtung der getroffenen Festsetzungen ist die Erweiterung der Satzung mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbar. Weitere Festsetzungen werden nicht für erforderlich gehalten.

3. Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung der künftigen Baugrundstücke ist an das vorhandene Ver- und Entsorgungsnetz anzuschließen.

4. Erschließung

Die Erschließung ist über die angrenzenden ausgebauten Gemeindestraßen gesichert.

Schalkholz, den 21.10.1999



G. Giesing
Gemeinde Schalkholz
- Bürgermeister -

Anlage zur Begründung der Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 i.V.m. Nr. 3 BauGB

- 1. Änderung -

der Gemeinde Schalkholz

Ermittlung der Beurteilungspegel nach DIN 18005 - Schallschutz im Städtebau -
für die Teiländerungsfläche 1

1. Allgemeines

Die bei der nachfolgenden Berechnung verwendeten Zahlen über die durchschnittlichen täglichen Verkehrsmengen des Jahres (DTV) entstammen den Angaben des Straßenbauamtes Heide für das Prognosejahr 2010 (DTV 95 + 20 %).

$$\text{DTV} = 3766 \text{ (LKW-Anteil tags und nachts = 10,1 \%)}$$

Der Straßenbelag in dem Streckenabschnitt der L 149 besteht aus Asphaltbeton.
Die max. Höchstgeschwindigkeit beträgt 50 km/h.
Der Abstand von der Mitte der Fahrbahn der L 149 bis zum östlichen Rand der Grundstücksflächen beträgt rd. 25 m.

2. Ermittlung des Beurteilungspegels

$$M_t = 0,06 \times \text{DTV}$$

$$M_n = 0,008 \times \text{DTV}$$

$$p_t = 10,1 \%$$

$$p_n = 10,1 \%$$

$$M_t = 0,06 \times 3766 = 226 \text{ Fz/h}$$

$$M_n = 0,008 \times 3766 = 30 \text{ Fz/h}$$

$$L_{\Sigma t} = 64 - 0,5 - 4 + 0 + 0 + 0 = 59,5 \text{ dB}_{(A)} > 55 \text{ (WA)} < 60 \text{ dB}_{(A)} \text{ (MI)}$$

$$L_{\Sigma n} = 55 - 0,5 - 4 + 0 + 0 + 0 = 50,5 \text{ dB}_{(A)} > 45 \text{ (WA)} > 50 \text{ dB}_{(A)} \text{ (MI)}$$

3. Beurteilung

Die Orientierungswerte für Verkehrslärm nach dem Beiblatt 1 zur DIN 18005, Teil 1 werden für allgemeine Wohngebiete überschritten. Für Mischgebiete werden sie am Tage nicht erreicht, in den Nachtzeiten geringfügig überschritten. Es werden passive Schallschutzmaßnahmen vorgesehen (s. Festsetzungen).



KREIS DITHMARSCHEN

Der Landrat des Kreises Dithmarschen
Rechts- und Kommunalaufsichtsamt

Kreis Dithmarschen Postfach 16 20 25736 Heide

Gegen Empfangsbekanntnis

Amt Kirchspielslandgemeinde
Tellingstedt
Der Amtsvorsteher

25782 Tellingstedt

Amt KLG Tellingstedt	
Eing.	15. OKT 1999

Stettiner Straße 30
25746 Heide

Telefon
(04 81) 97-0
Telefax
(04 81) 97-14 99

Auskunft erteilt

Herr Reimers
Zimmer
511

Ihre Zeichen/Nachricht vom

Mein Zeichen
622.60/100

Durchwahl-Telefon
(04 81) 97-1418

Durchwahl-Telefax
(04 81) 97-1586

Heide,
06.10.1999

Genehmigung der 1. Änderung/Erweiterung der Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit Nr. 3 BauGB der Gemeinde Schalkholz

Anlg.: 4 Planausfertigungen
1 Verfahrensakte

Die von der Vertretungskörperschaft am 29.06.1999 beschlossene Innenbereichssatzung der Gemeinde Schalkholz wird hiermit gem. § 34 Abs. 5 in Verbindung mit § 10 Abs. 3 BauGB genehmigt.

Hinweis: Die Begründung ist noch mit Datum, Siegel und Unterschrift zu versehen.

Alle Exemplare der Satzung sind nunmehr auszufertigen. Die Durchführung des Genehmigungsverfahrens sowie Ort und Zeit der Auslegung sind nach § 10 BauGB bekanntzumachen.

Hierzu wird auf den Verfahrenserlaß des Innenministeriums vom 03.07.1998 - Verfahren bei der Aufstellung von Bauleitplänen und Satzungen nach dem BauGB - verwiesen.

Als dann bitte ich, mir die für mich bestimmte 2. Ausfertigung zusammen mit der Bekanntmachung zurückzugeben. Die Drittausfertigung ist dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein auf dem Dienstwege vorzulegen.

Dr. Jörn Klimant

Konten der Kreiskasse

Alte Marner Sparkasse/Dithm. Kommunalbank (BLZ 218 517 20) Konto 60 000 204
Verbandssparkasse Meldorf (BLZ 218 518 30) Konto 100 226
Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20) Konto 9559-207

Öffnungszeiten

Montag bis Mittwoch 08.30 - 12.00 Uhr, 14.00 - 15.30 Uhr
Donnerstag 08.30 - 12.00 Uhr, 14.00 - 17.00 Uhr
Freitag 08.30 - 12.00 Uhr



Örtliche Bekanntmachung der Gemeinde Schalkholz


Betreff: Bekanntmachung der Satzung der Gemeinde Schalkholz nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit Nr. 3 BauGB - 1. Änderung / Erweiterung der Satzung nach § 34 Abs. 2 BauGB.

Die von der Gemeindevertretung Schalkholz am 29.06.1999 beschlossene Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit Nr. 3 BauGB - 1. Änderung / Erweiterung der Satzung nach § 34 Abs. 2 BauGB - bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wird hiermit bekanntgemacht. Die Satzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 1 in Verbindung mit Nr. 3 BauGB - 1. Änderung / Erweiterung - tritt mit Beginn des 09.11.1999 in Kraft.

Jedermann kann den Bebauungsplan und Begründung dazu von diesem Tage ab in der Amtverwaltung Tellingstedt in Tellingstedt, Zimmer 4, während der Dienststunden einsehen und über den Inhalt Auskunft erhalten. Eine Verletzung der in §214 Abs. 1 Satz 1 Nr.1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften ist unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist. Mängel der Abwägung sind unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind. Dabei ist der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, darzulegen (§215 Abs.1 BauGB). Unbeachtlich ist ferner eine Verletzung der in § 4 Abs.3 GO bezeichneten landesrechtlichen Formvorschriften über die Ausfertigung und Bekanntmachung der Bebauungsplansatzung sowie eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung gegenüber der Gemeinde und der Bezeichnung der verletzten Vorschrift und der Tatsache, die die Verletzung ergibt, geltend gemacht worden ist. Auf die Vorschrift des §§ 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Tellingstedt, den 21.10.1999

Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt
Der Amtsvorsteher
Im Auftrag


(Nottelmann)

VERÖFFENTLICHT:

An der Bekanntmachungsstafel in Schalkholz am Geschäftsgebäude der Raiffeisenbank, Klint 2
ausgehängt am 25.10.1999

abzunehmen am 09.11.1999

abgenommen am 09.11.1999



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage

Die Ablichtung *der Schaumwandung der Seite der*
Gen. Schallholz nach 834 Abs. 4 Nr. 1 Bau O B
(genaue Bezeichnung der Urkunde)

stimmt mit dem mir vorgelegten Original überein.
Diese beglaubigte Abschrift wird nur zur Vorlage bei einer
Behörde erteilt.

Tellingstedt, den *11. 11. 1999*



Amt Kirchspielslandgemeinde Tellingstedt

Der Amtsvorsteher

Im Auftrage :

[Handwritten signature]